

RV Bastrop weist auf die zu diesem Tagesordnungspunkt eingereichten Anträge hin.

RM Masemann begründet den „Antrag der SPD-Fraktion vom 22.11.2022 - 2. Bauabschnitt Neubau KiTa Jungfernbusch – Baustopp“. Die SPD-Fraktion hält die Kündigung des KiTa-Vertrages nach wie vor für einen großen Fehler, da sie davon ausgeht, dass die Stadt davon nicht finanziell profitieren wird. Außerdem würde es noch viele ungeklärte Fragen - wie z. B. die Übernahme der Gebäude – geben. Nun gelte es aber, so RM Masemann, in die Zukunft zu schauen und für Schortens eine bestmögliche Lösung zu finden.

Weiter führt er aus, dass man die Pflichtaufgabe in etwas mehr als einem halben Jahr an den Landkreis übergeben wird, der dann auch für die Finanzierung der KiTas zuständig sein wird. Der SPD-Fraktion würde es sich daher nicht erschließen, warum die Stadt Schortens sich jetzt noch langfristig stark verschulden soll, um anschließend mit dem Landkreis Friesland in Verhandlungen einzutreten, wie eine Entschädigung für die Stadt Schortens aussehen könnte. Es sei offen, so RM Masemann, ob die zum Teil durch langfristige Kredite finanzierten Gebäude an den Landkreis vermietet, verpachtet oder verkauft werden sollen. Die SPD-Fraktion ist der Ansicht, dass sich die Stadt nicht weiter verschulden sollte.

Es sei das gute Recht der SPD-Fraktion, so **RM Homfeldt**, die getroffene Entscheidung nicht gut zu finden. In der Tat sei es gerade Gegenstand der Verhandlungen, wie mit den Gebäuden verfahren werden soll. Hierzu habe die Verwaltung eine rechtliche Stellungnahme des Nds. Städte- und Gemeindebundes eingeholt, wie mit den städtischen Gebäuden beim Wechsel der Aufgaben zum Landkreis umzugehen sei. Die hierzu vom Landrat beim Innenministerium angeforderte rechtliche Stellungnahme stehe aber noch aus. Nach Vorliegen dieser Stellungnahme werde es zeitnah Gespräche zwischen den Hauptverwaltungsbeamten geben.

RM Homfeldt erklärt, dass der Vorschlag der SPD-Fraktion, zu diesem Zeitpunkt den Bau zu stoppen und dem Landkreis, der auf die Gebäude ab dem 01.08. angewiesen sei, sozusagen einen Rohbau oder eine Bauruine hinzustellen, nicht nur gegenüber dem Landkreis, sondern auch gegenüber den Eltern und Kindern, die ab dem 01.08. diese Plätze bräuchten, ein unfreundlicher Akt sei. Deswegen könne die CDU-Fraktion diesem Antrag nicht zustimmen.

RM Borkenstein erklärt, dass er die Empfehlungen des Nds. Städte- und Gemeindebundes und des Innenministeriums dankbar annehmen und darüber beraten könne, um für die Stadt das bestmögliche Ziel zu erreichen. Aufgrund der kommunalen Selbstverwaltung müsse man dies aber nicht abwarten. Augenblicklich sei es für die Stadt das Beste, den Kredit von ca. 2,3 Mio. Euro nicht in den Haushalt aufzunehmen, weil das Gebäude künftig nicht mehr der Stadt gehören wird. Er betont, dass die Stadt Schortens dem Landkreis keinen Rohbau bzw. keine Bauruine überlassen würde, sondern das Bauvorhaben von diesem als Träger weiter gebaut werden kann, um die Plätze für die Kinder zur Verfügung stellen zu können.

Es folgen weitere Redebeiträge der Ratsmitglieder Homfeldt, Borkenstein und von Heynitz sowie des Bürgermeisters.

RV Bastrop lässt anschließend über den nachfolgend aufgeführten Antrag abstimmen:

- Antrag der SPD-Fraktion vom 22.11.2022 - 2. Bauabschnitt Neubau KiTa Jungfernbusch - Baustopp **AN-Nr: 21/0076**

Der Antrag wird bei 6 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Anschließend folgt die Beratung über den „Antrag der SPD-FDP-Gruppe vom 22.11.2022 – Einstellung von Planungskosten für einen Neubau der Ortswehr Schortens“.

RM Borkenstein begründet den Antrag. Er betont, dass jeder Euro, der in die Bausubstanz des 1996 gebauten Feuerwehrhauses in der Plaggestraße investiert werden würde, keine Investition in die Zukunft sei. Wenn Positionen wie Ausleuchtung Vorplatz, Sanierung von Setzrissen und Ertüchtigung, Umbau Atemschutz, Waschhalle und Werkstatt mit Jugendwehr, Neubau Umkleide, Zufahrt und Parkplatz im Haushalt 2023 bzw. im Investitionsprogramm bis 2026 stehen würden, wäre das eine Gesamtsumme von locker 1,75 Mio. Euro. Darin, so RM Borkenstein, seien die jährlichen Instandhaltungsmaßnahmen für das Gebäude noch gar nicht berücksichtigt. Allen im Rat sei bekannt, dass in absehbarer Zeit ein neues Feuerwehrgebäude gebaut werden müsse und dass sich die Zustände für die Feuerwehrleute der Ortswehr Schortens dringend verbessern müssen. Also müsse auch noch in dieser Ratsperiode mit der Planung und dem Bau eines neuen Gebäudes begonnen werden.

Der Vorschlag der SPD-FDP-Gruppe, Geld für die Planung dafür in den Haushalt einzustellen, sei im Fachausschuss mehrheitlich abgelehnt worden. Dann, so RM Borkenstein, werde seine Gruppe eben noch ein, zwei oder drei Jahre darauf warten, bis dieser Antrag von anderen Fraktionen gestellt wird und bis dahin unnötig Geld für Maßnahmen ausgegeben wird, die sich bei der Option Neubau zum Teil sehr gut hätten schieben lassen.

Er betont, dass die Verwaltung bei Einstellung der Planungskosten bereits im nächsten Jahr nach einem geeigneten Standort suchen und Voruntersuchungen durchführen könnte. Das Argument aus dem Fachausschuss, dass man noch nicht wisse, wo der Neubau stehen soll, sei daher ein schwaches Argument.

Weiter führt er aus, dass die Bedingungen im Feuerwehrhaus Plaggestraße – wie seinerzeit im Feuerwehrhaus Sillenstede – gegen die Bestimmungen für das Betreiben eines Feuerwehrhauses verstoßen. So sei der Standort der Spinde für die persönliche Schutzausrüstung der Feuerwehrleute für Neubauten nicht mehr zulässig. Bei Nässe bestehe die Gefahr, dass die 2.000,00 € teuren Anzüge schimmeln könnten und dadurch unbrauchbar werden würden. Die Feuerwehrkameraden und -kameradinnen müssten sich bei jedem Wetter in der Fahrzeughalle umziehen, weil dort ihre Spinde stehen, auch wenn bei Minusgraden die Garagentore geöffnet seien. Parkplatz- und Anfahrsituation für Privatfahrzeuge der Feuerwehrleute seien riskant, völlig inakzeptabel und so bei Neubauten nicht mehr erlaubt. Der Schulungsraum sei zu klein und der energetische Zustand des Gebäudes heute auch nicht mehr genehmigungsfähig.

Abschließend teilt RM Borkenstein mit, dass die SPD-FDP-Gruppe den Antrag aufrechterhält.

RM Ottens bestätigt, dass das Gebäude an der Plaggestraße nicht mehr dem entspricht, was man sich heute unter einem Feuerwehrhaus vorstellt. Man werde auch etwas für diese Feuerwehr tun, so RM Ottens, jedoch müsse man zunächst wissen, wo der neue Standort sein soll.

RM Just merkt an, dass es nicht Ziel des Antrages sei, das Geld auszugeben, sondern er wolle ins Bewusstsein rufen, dass in den nächsten Jahren nicht unnötig bis zu 1,6 Mio. Euro ausgegeben werden sollen. Durch den Antrag stelle man sich die Aufgabe, im nächsten Jahr an diese Sache heranzugehen.

Auch die Mehrheitsgruppe im Stadtrat Schortens, so **RM Homfeldt**, sehe die Notwendigkeit der Maßnahmen oder gar eines neuen Standortes für die Feuerwehr Schortens. Daher habe man den Antrag im Fachausschuss nicht einfach abgelehnt, sondern die SPD-FDP-Gruppe gebeten, diesen zurückzunehmen.

Er merkt an, dass dieses Thema längst geregelt sein könnte, wenn die SPD vor sechs Jahren dem Feuerwehrbedarfsplan zugestimmt hätte, der nunmehr gerade beschlossen worden sei. Die Feuerwehr könne sich darauf verlassen, dass dessen Inhalte in den kommenden fünf Jahren - soweit es möglich sei - umgesetzt werden. Jedoch sei es nicht sinnvoll, Geld für eine Planung einzustellen, obwohl man nicht wisse, was und wo geplant werden soll, zumal Feuerwehrstandorte an gewisse Bedingungen wie u. a. Erreichbarkeit und Ausrückzeit geknüpft seien.

RM Homfeldt erklärt, dass es dieses Antrages nicht bedarf, da die Verwaltung auf Grundlage des beschlossenen Feuerwehrbedarfsplanes ohnehin an diesem Thema arbeite. Er bittet die SPD-FDP-Gruppe nochmals, den Antrag zurückziehen, damit im nächsten Jahr gemeinsam an diesem Thema gearbeitet werden kann.

Anschließend lässt **RV Bastrop** über den nachfolgend aufgeführten Antrag der SPD-FDP-Gruppe abstimmen:

- Antrag der SPD-FDP-Gruppe vom 22.11.2022 – Einstellung von Planungskosten für einen Neubau der Ortswehr Schortens **AN-Nr: 21/0077**

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

RM Just stellt für die „Freien Bürger“ den nachfolgenden Antrag zum Haushalt:

Aufnahme von Verhandlungen mit dem Landkreis Friesland zur Übernahme der sozialpädagogischen Jugendarbeit einschl. Kostenverantwortung.

RM Just führt aus, dass die sozialpädagogische Arbeit derzeit im Familienzentrum Pferdestall, in der aufsuchenden Sozialarbeit/Straßensozialarbeit und in der Schulsozialarbeit geleistet wird und diese Aufgaben nach Kündigung des KiTa-Vertrages in den Aufgabenbereich des Landkreises gehören, der zuständig sei für die sozialpädagogische Jugendarbeit. Gemäß Darstellung der Verwaltung würden diese sozialpädagogischen Arbeiten jährlich Personalkosten in Höhe von insgesamt etwa 350.000,00 € verursachen.

RM Just betont, dass der Treffpunkt für Jugendliche im Gebäude des Familienzentrums Pferdestall weiterhin erhalten bleiben soll. Der Landkreis Friesland als Träger der sozialpädagogischen Jugendarbeit habe aber weitergehende Möglichkeiten als die Stadt. So könnte dieser – nach dem Vorbild in Zetel - am Schulzentrum ein sozialpädagogisches Angebot und Aufenthaltsmöglichkeiten bis 15:00 Uhr anbieten. Nach 15:00 Uhr könnte ein Angebot im Familienzentrum Pferdestall bereitgehalten werden. Sobald es sich dabei um eine sozialpädagogische Betreuung handeln sollte, würde die Kostenverantwortung auch dafür beim Landkreis liegen.

Diese Dinge, so RM Just, sollten Inhalt der Verhandlungen sein, um eine einvernehmliche Lösung zu finden. Auf der anderen Seite sei es so, dass die auswärtigen Kids im Jugendzentrum nicht erreicht werden können. Wenn überhaupt, dann nur an vier Tagen in der Woche, jeweils 15 Jugendliche von 3000 Jugendlichen und Kindern, die man aber zumindest mit einem Angebot bis 15:00 Uhr im Schulzentrum erreichen könnte.

RM Schoon merkt zum Redebeitrag des RM Just an, dass durchaus mehr als 15 Kinder und Jugendliche den Pferdestall besuchen und sich die Angabe von 15 Jugendlichen/Kindern auf die Corona-Phase bezieht, in der nicht mehr als 15 Besucher*innen zugelassen waren.

RM Just erwidert, dass es sich dabei nicht nur um eine Corona-Momentaufnahme handele, sondern diese Zahl habe sich in den letzten Jahren von 35 über 25 genau in diese Richtung entwickelt.

RM Sudholz betont, dass es völlig egal sei, wie viele Personen in den Pferdestall gehen oder ins Jugendzentrum insgesamt, da man nicht über das Jugendzentrum, sondern über das Familienzentrum diskutiere. In der letzten Sitzung des Fachausschusses hätten Jugendliche sehr ausdrucksstark geäußert, wie wichtig es für sie sei, in den Pferdestall gehen zu können. RM Sudholz unterstreicht, dass es nicht um die Zahl geht, sondern um die Qualität der Arbeit, die dort geleistet wird und die den Bedürfnissen der Jugendlichen und der Kinder entsprechen würde, die dort hingehen. Sie betont, dass die Kinder und Jugendlichen in der Stadt Schortens einen sicheren Ort brauchen. Und dieser sei nicht in der Schule, sondern im Brauerweg und dort solle er auch bleiben. Ein kurzer Draht zu den Erzieherinnen und Erziehern, zu den Sozialpädagogen sei wichtig, um auch rechtzeitig präventiv arbeiten zu können. Dass der Landkreis diese Aufgaben in seine Obhut nehmen müsste und sollte, wisse man seit vielen Jahren. Dennoch leiste sich die CDU-Fraktion diese Arbeit sehr bewusst, weil sie die Arbeit mit den jungen Menschen in der Stadt Schortens als wichtig empfindet.

RV Bastrop lässt anschließend über den nachfolgenden Antrag abstimmen:

- *Antrag der „Freien Bürger“ auf Aufnahme von Verhandlungen mit dem Landkreis Friesland zur Übernahme der sozialpädagogischen Jugendarbeit einschl. Kostenverantwortung.*

Der Antrag wird bei 2 Ja-Stimmen abgelehnt.

RM Bruns, Vorsitzender des „Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung“, berichtet über die Vorberatung des Haushaltes im Fachausschuss.

Bei Einstieg in die Haushaltsberatungen im Oktober habe der Haushaltsentwurf im Ergebnishaushalt noch einen Fehlbetrag in Höhe von rund 1,4 Mio. Euro ausgewiesen und die Entwicklung des langfristigen Schuldenstands sei auf rund 35 Mio. Euro prognostiziert gewesen. Diese Situation sei im Fachausschuss durch die Mitglieder konstruktiv diskutiert und beraten worden. Im Ergebnis sei die Verwaltung beauftragt worden, die im Haushalt enthaltenen Aufwendungen noch einmal kritisch zu prüfen und anschließend ein im Ergebnis ausgeglichenes Haushalt vorzulegen.

Der zweite Entwurf sei im Ergebnishaushalt erfreulicherweise tatsächlich ausgeglichen gewesen und habe einen geringen Überschuss von rund 55.000,00 € ausgewiesen. Der „Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung“ habe in der Sitzung am 23.11.2022 daher einstimmig empfohlen, dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zu folgen und den vorgelegten Haushalt zu beschließen.

Zwischenzeitlich hätten sich für die Haushaltsplanung weitere Erkenntnisse ergeben, die das Gesamtergebnis verbessert haben. So würden z. B. die Schlüsselzuweisungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs höher ausfallen als erwartet und den Ergebnishaushalt auf einen Überschuss von jetzt rund 520.000,00 € verbessern.

Diese durchaus positive Entwicklung sei mit Blick auf den Finanzhaushalt und die Investitionsplanung sehr wichtig. Allerdings sei es notwendig, für die geplanten Investitionen weiterhin neue Kredite von immerhin rund 4,8 Mio. Euro aufnehmen. Der langfristige Schuldenstand werde dadurch bis 2026 auf rund 30 Mio. Euro anwachsen. Außerdem müsse dem Rat und der Verwaltung bewusst sein, dass die Haushaltsplanung noch einige Unwägbarkeiten beinhalte, welche im nächsten Jahr eventuell durch einen Nachtragshaushalt zu korrigieren sein werden. Man müsse also weiterhin eine hohe Haushaltsdisziplin bewahren und bei den Beschlüssen stets die finanziellen Auswirkungen im Blick behalten. Es sei dennoch wichtig, den Haushalt schon heute zu beschließen, um eine möglichst frühe Haushaltsgenehmigung zu erhalten, damit die Verwaltung dadurch handlungsfähig wird und

geplante Maßnahmen und Projekte zeitnah umsetzen kann. Er bittet daher um Zustimmung zu dem Beschlussvorschlag.

RM Borkenstein erklärt, dass der SPD-FDP-Gruppe der Haushaltsentwurf nicht gefällt, sie diesem aber zustimmen werde. Es sei bekannt, dass die erste Wahrheit erst Ende Februar auf dem Tisch liegen wird, wenn der Landkreis seinen Haushalt für 2023 beschließen und klar sein wird, welche Kreisumlagen die kreisangehörigen Kommunen zu zahlen haben werden. Auch sei allen bekannt, dass die zweite Wahrheit im Juli auf dem Tisch liegen wird, wenn sich die Kreisumlage für Schortens drastisch erhöhen wird, weil der Landkreis dann die Aufgabe der KiTas übernehmen und natürlich auch die Kosten dementsprechend über die erhöhte Kreisumlage umlegen wird, die dann nur Schortens zu zahlen haben wird. Daher, so RM Borkenstein, habe die SPD-FDP-Gruppe die Eile nicht verstanden, den Haushalt so schnell beschließen zu müssen.

RM Homfeldt führt aus, dass es Unwägbarkeiten gibt, die auch in der Sitzungsvorlage benannt seien. Es dürfe ohne Frage die Meinung der SPD-FDP-Gruppe sein, dass die Stadt Schortens erheblich mehr Kreisumlage wegen des KiTa-Vertrages zahlen müsse. Er sehe es jedoch so, dass man erst einmal mit dem Landkreis in Verhandlungen gehen wird. Dennoch müsse der Rat die Handlungsfähigkeit der Stadtverwaltung sicherstellen. Und das tue die Mehrheitsgruppe mit diesem Beschluss heute in dem vollen Bewusstsein, dass womöglich im März oder April noch einmal über den Haushalt zu beraten sein wird.

RM Just erklärt, dass die „Freien Bürger“ dem Haushalt zustimmen werden. Er bedankt sich bei der Verwaltung für die Verbesserung um 1,5 Mio. Euro, die erreicht werden konnte, ohne dass es dabei zu Leistungseinschränkungen für die Bürger*innen kommt.

Die Befürchtung der SPD-FDP-Gruppe zur Erhöhung der Kreisumlage wegen der KiTa-Abgabe teilt er nicht, da es Grundvereinbarung sei, dass unabhängig davon, von wem die Kitas betrieben werden, 50 % der KiTa-Kosten die Kommunen tragen und 50 % der Landkreis. Auch auf Wangerooge würde der Landkreis die KiTa betreiben und der Landrat habe immer gesagt, dass Wangerooge genauso behandelt wird wie alle anderen auch. Er sehe daher keine rechtliche Handhabe, dass der Kreis die Stadt Schortens anders behandeln wird als Wangerooge.

Anschließend lässt **RV Bastrop** über den Beschlussvorschlag abstimmen.